

Gemeinde beteiligt sich am Car-Sharing

Verzicht auf neues Dienstfahrzeug / Auch Privatinteressenten und Firmen als Nutzer im Visier

Durmshheim (stem). 18 Jahre alt war das Dienstfahrzeug der Gemeinde, das im Februar dieses Jahres verkauft wurde. „Es bestand Handlungsbedarf und bevor wir uns ein neues Auto angeschafft haben, nahmen wir Kontakt mit Stadtmobil CarSharing auf“, erklärte Bürgermeister Andreas Augustin bei der gestrigen offiziellen Vorstellung des neuen Projektes. Der Gemeinderat hatte sich im März dieses Jahres für die Beteiligung an dem „Car-Sharing-Modell“ der Karlsruher Stadtmobil CarSharing GmbH&Co.KG entschieden.

Ein weiteres aus Altersgründen ausrangiertes Dienstfahrzeug der Gemeinde wird, so Bürgermeister Augustin, durch ein Fahrzeug der Jugendfeuerwehr ersetzt.

Gerhard Zink, Sprecher der Agenda 21-Gruppe „Klima, Energie, Verkehr“ betonte, dass es schon lange ein Wunsch der Agenda-Gruppe gewesen sei, das Modell aus Karlsruhe auch in Durmersheim zu verwirklichen. Dabei stützte Zink dem Rathauschef zugleich seinen Dank für die Bereitschaft ab, das Konzept rasch umzusetzen. Derweil können davon nicht nur die Gemeindebediensteten, sondern auch interessierte Bürger, Firmen oder Vereine profitieren. Seit Anfang Juli stehen zwei Pkw, ein Opel Corsa und ein Opel Astra Kombi auf speziell ausgewiesenen Parkplätzen vor dem Rathaus bereit. Eines der Fahrzeuge soll dabei,

wie Bürgermeister Augustin erklärte, für jene Zeiträume reserviert werden, die den Dienstzeiten der Rathausmitarbeiter entsprechen. In den Abendstunden und an Wochenenden könne der Wagen anderen Nutzern in Durmersheim zur Verfügung stehen. Das zweite Stadtmobil-Fahrzeug werde ganz in den Dienst interessierter Car-Sharing-Teilnehmer gestellt. Augustin unterstrich nochmals, dass das Stadtmobil nichts mit dem seit lange diskutierten Bürgerbus-Modell gemein habe. Die Gemeinde bezahlt nach der Beitrittsgebühr von 400 Euro, von denen 300 Euro eine Kauti- on darstellen, pro Monat 200 Euro für die Dienste des Stadtmobils. Hinzu kommen entsprechende Kilometertarife, in denen die Benzinkosten schon enthalten sind. Nach Angaben von Blomert seien bislang zehn Teilnehmer für das Stadtmobil-Konzept in Durmersheim registriert, wobei die Zahl zunächst auf zumindest 20 Beteiligte und in zwei Jahren auf rund 40 Interessenten gesteigert werden soll. Dabei werde laut Blomert noch bis 31. Oktober eine Schnupperaktion für Teilnehmer mit Wohnsitz in Durmersheim durchgeführt, wobei in den geforderten 80 Euro die Aufnahmegebühr, Kauti- on für die Zugangskarte und eine Fahrtgutschrift enthalten ist.

Die Teilnehmer können per Internet oder telefonisch rund um die Uhr ein Fahrzeug bu-

chen. Mit einer Zugangskarte öffnen sich die Türen des Fahrzeuges, wo dann auch die Wagenschlüssel zu finden sind. Wagenpfleger von Stadtmobil kümmern sich um den Zustand der Autos. Falls ein Unfall geschehen sollte, sei für den Stadtmobil-Teilnehmer eine Selbstbeteiligung von maximal 900 Euro vorgesehen.

Eigentlich, so Blomert, sei geplant gewesen, erst Ende dieses Jahres eine Station in Durmersheim zu errichten. Aufgrund des Interesses der Gemeinde sowie des Eine-Welt-Ladens habe das Modell aber bereits jetzt umgesetzt werden können. Insgesamt verfüge die Stadtmobil CarSharing GmbH&Co KG in Karlsruhe über 260 Autos und 4200 Teilnehmer. Seit 1990 bereits existiert das in der Schweiz erfundene Car-Sharing in Deutschland. Durmersheim sei dabei die kleinste Gemeinde in der Region, die sich dem Konzept angeschlossen habe. Unter anderem, so Blomert sei das Stadtmobil, auch in Rheinstetten, Baden-Baden, Gaggenau und Ettlingen vertreten. Die am 1. Juli geplante Einführung des Stadtmobils in Rastatt verzögere sich, so Blomert, noch um zwei Monate. Die Gemeinde Durmersheim zeige mit dem Schritt, dass man „mit Carsharing den Geldbeutel und gleichzeitig die Umwelt entlasten kann“. Nähere Informationen gibt es bei Stadtmobil unter der Telefonnummer (07 21) 91 19 11-0 sowie unter www.stadtmobil.de.



EINE NEUE ^{lei}STROMOBIL-STATION wurde jetzt am Durmersheimer Ra¹beus eingerichtet. Das Car-Sharing-Modell ist für Gemeindebedienstete, aber auch für andere Interessenten gedacht. Foto: Collet